

Zeitung

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.30 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. Lankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4933

Berlin, 18. August 1932 • 45. Jahrgang • Nr. 33

Internationale Union der Lebensmittelarbeiter

Der vorliegende Bericht der Internationalen Union der Lebens- und Genußmittelarbeiter-Verbände (IUL.) gibt ein anschauliches Bild über die Auswirkung der Weltwirtschaftskrise auf die volkswirtschaftlich wichtige Gruppe der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Obwohl 4 Verbände mit 2867 Mitgliedern in der Berichtszeit der Union beigetreten sind, ist dennoch bei 9 Verbänden ein Mitgliederverlust von 25 676 zu verzeichnen. 18 Verbände weisen einen Mitgliederzuwachs von nur 11 279 auf. Ausgetreten bzw. gestrichen mußten 2 Verbände mit 9232 Mitgliedern werden. Durch diese Veränderungen sank der Gesamtmitgliederstand von 386 722 auf 366 060, davon waren weibliche Mitglieder 58 039 oder 15,6 Proz. gegen 18 Proz. am 1. Januar 1930. Am Jahresbeginn gehörten 34 Verbände der Union an, die sich auf folgende Länder verteilen:

Land	Anzahl der Organisationen am 1. Januar 1932	Mitgliederbestand am 1. Januar 1932		
		männlich	weiblich	insgesamt
Amerika	1	22 697	300	22 997
Belgien	1	5 322	530	6 952
Dänemark	5	16 267	4 038	20 305
Deutschland	1	130 058	26 892	156 950
England	2	31 301	1 000	32 301
Finnland	1	429	497	926
Frankreich	1	4 310	505	4 815
Holland	2	7 582	109	7 691
Italien	1	72	—	72
Jugoslawien	2	2 066	44	2 110
Luxemburg	1	250	—	250
Norwegen	3	6 728	2 099	8 827
Oesterreich	1	20 753	8 298	29 051
Palästina	1	110	—	110
Polen	2	3 567	309	3 876
Rumänien	1	886	7	893
Schottland	—	—	—	—
Schweden	2	19 142	7 998	27 140
Schweiz	1	6 760	2 275	9 035
Spanien	1	9 735	—	9 735
Tschechoslow.	2	16 327	3 033	19 360
Ungarn	2	2 659	5	2 664
Zusammen	34	308 021	58 039	366 060

Unsere Organisation steht weit an erster Stelle und im größerem Abstände folgt erst der österreichische Verband. Bezeichnend ist, daß die größeren Organisationen mit die größten Mitglieder-rückgänge aufweisen, wovon unser Verband wiederum mit 17 519 an erster Stelle steht. In solchen Ländern jedoch, wo die Organisation erst in den Anfängen steht, ist wiederum der meiste Mitgliederzuwachs eingetreten. Gewiß spielt hier die Krise ebenfalls eine Rolle, denn nicht überall war ihre Auswirkung so furchtbar wie in Deutschland und Oesterreich. Einen stärkeren Auftrieb bekam durch den politischen Umschwung die Organisation in Spanien, die dadurch mit 3055 Mitgliedern den größten Zuwachs zu verzeichnen hat. Die Mehl und Zuckerverarbeitenden Industrien treten mit 193 000 Mitgliedern (52,79 Proz.) als die stärkste Gruppe in die Erscheinung. 110 000 Mitglieder (29,99 Proz.) vereinigt die Getränkeindustrie, 51 000 Mitglieder (14,02 Proz.) weist die Fisch-, Fleisch- und Kon-

servenindustrie und 12 000 Mitglieder (3,21 Proz.) diverse Lebensmittelberufe auf.

Recht lebhaft gestalteten sich trotz des wirtschaftlichen Tiefstandes die Lohn- und Tarifbewegungen. Im Berichtsjahr wurden 2193 Lohnbewegungen, davon 201 Streiks geführt, an denen insgesamt 412 000 Arbeiter und Arbeiterinnen teilnahmen. 740 Bewegungen endeten mit vollem und 1358 mit teilweise Erfolg. Nur 105 Bewegungen verliefen ergebnislos. Es liegt in der Natur der Sache, daß die übergroße Mehrzahl aller Bewegungen Abwehrkämpfe gegen die Unternehmergriffe auf das Lohnniveau waren. Wenn auch manche Errungenschaft nicht gehalten werden konnte, so wurden durch die organisierten Abwehrkämpfe sehr viele von der Unternehmerreaktion gestellte Forderungen abgewiesen. Im allgemeinen konnte das Tarifverhältnis gesichert werden. Es wurden im Berichtsjahr 1108 Kollektivverträge für 148 390 Personen abgeschlossen bzw. neu vereinbart. Am Ende des Jahres 1931 bestanden in den Verbänden 2793 Kollektivverträge durch die für 422 000 Arbeiter und Arbeiterinnen die Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt sind.

Das Finanzgebaren in den Verbänden ergab 20¼ Millionen Schw. Franken Einnahmen aus den Verbandsbeiträgen. Die übrigen für die Zentralkassen bestimmten Einnahmen überschritten den Betrag von 7 Millionen. Das Gesamtvermögen in allen der Union angeschlossenen Organisationen beträgt 36 Millionen Schw. Franken. Dieses Ergebnis ist besonders erfreulich, wenn wir die kurze Zeit in Betracht ziehen, wo durch die Mithilfe der Union bedeutende Sanierungsmaßnahmen in den Verwaltungen einzelner Verbände durchgeführt werden konnten. Keineswegs stellen aber die Ziffern das Gesamtfinanzgebaren der Verbände dar. Es scheiden dabei aus die Vermögensbestände der Lokal- und Bezirksinstanzen. Um ein Gesamtbild über die Vermögenslage aller Organisationen zu gewinnen, dürfte es zweckmäßig sein, bei den Feststellungen in Zukunft auch die Vermögensbestände der Lokal- und Bezirkskassen zu erfassen. Wenn auch festgestellt werden muß, daß der Vermögenszugang und seine Bestände geeignet sein können, den Ansprüchen in der Krise nachzukommen, so wird diese Vermutung davon abhängen, wann die Wirtschaftskrise abgedrosselt werden kann. Es war nicht leicht, geordnete Finanzverhältnisse durchzuführen und oftmals mußten große Anstrengungen erfolgen. Bei einem Vergleich mit einer im Jahre 1929 aufgestellten Erhebung ergibt sich, daß 17 Verbände eine Erhöhung der Beitragseinnahmen für die Zentralkassen durchführen konnten. Bei 8 Verbänden sind größere Rückgänge eingetreten, worunter auch unser Verband erscheint. Bedeutende Summen mußten für das Unterstützungswesen aufgewendet werden. Etwa 6½ Millionen Schw. Franken wurden für Arbeitslosenunterstützung verwendet und die Ausgabe für Streiks erforderte 1,8 Millionen Schw. Franken. Die Arbeitslosenunterstützung stieg bei 19 Verbänden um 2,933 Millionen Schw. Franken, nur bei 4 Verbänden

konnte diese Ausgabe um 136 000 Schw. Franken gesenkt werden.

Dieser kurze Ausschnitt aus der umfangreichen Tätigkeit des Internationalen Sekretariats beweist die bedeutende Macht, die in den Verbänden der Nahrungs- und Genußmittelindustriearbeiter schlummert.

Furchtbare Zeiten liegen hinter uns, sie waren keineswegs geeignet größere Fortschritte bei der Werbearbeit sowie auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet zu erzielen. Wenn es dennoch gelungen ist, durch die in den Verbänden vereinigten Kräfte zu erreichen, daß die Errungenschaften auf dem Gebiet des Tarifwesens gut gehalten werden konnten, so wird wiederum der große Wert des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses bewiesen. Durch die internationale Solidarität war es möglich, größere Summen zur Finanzierung der durchzuführenden Kämpfe finanzschwachen Verbänden zu überweisen. Der Ausgang manchen Kampfes wäre nicht günstig gewesen, wenn die Internationale nicht eingegriffen hätte. Daher bedauern wir besonders, daß heute noch viele Verbände der Union nicht angeschlossen sind. Wenn auch die Organisationen in Europa (Rußland ausgeschlossen) fast geschlossen der Internationale angehören, so kann das nicht von anderen Ländern behauptet werden. Von den bestehenden Verbänden in den Vereinigten Staaten Amerikas gehört nur der Bäcker- und Konditorenverband der Union an. Alle Bemühungen waren bisher vergebens, die Organisation der Brauerei- und Getränkearbeiter und Fleischer zum Anschluß an die Union zu bewegen. Das gleiche trifft zu auf die in den südamerikanischen Staaten vorhandenen Verbände. Auch hier war es nicht möglich, trotz aller Bemühungen des Internationalen Sekretariats, sie zum Anschluß zu bewegen. Wir stellen weiter das Fernbleiben der australischen Verbände fest, die doch ebenfalls in den Strudel der Wirtschaftskrise hineingerissen sind. Es ist höchste Zeit, daß sich auch bei diesen Verbänden der Anschluß an die Internationale durchsetzen wird.

Die Erscheinungen in den Krisenjahren zeigten uns nicht nur die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses aller in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie Beschäftigten, sondern die internationale Verbundenheit der Landesverbände. Wie im Wirtschaftsleben die einzelnen Länder bei dem Warenabsatz auf die gegenseitige Verbindung angewiesen sind, so wirkt sich diese Notwendigkeit auf die Arbeiterorganisationen aus. Die internationale Verflechtung auf dem Kapital- und Weltmarkt bedingt die internationale Solidarität der bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Wird der vorliegende Tätigkeitsbericht zu dieser Erkenntnis führen?

Schrumpfung der Weltwirtschaft

Das Jahr 1931 brachte in allen kapitalistischen Volkswirtschaften eine Ausbreitung und Verschärfung der Krise, auch in Ländern, die bis 1930 ungefähr normale Verhältnisse hatten, wie Frankreich und die skandinavischen Staaten. Seit dem letzten Herbst trat unter dem Einfluß der Kredit- und Währungsverhältnisse eine starke Schrumpfung sowohl der Produktion wie des Handels ein. Nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung hat sich der Umfang der industriellen Produktion der Welt von 1929, als er den Höchststand erreicht hatte, bis Ende 1931 um 30 Prozent verringert. Schalten wir die unter besonderen Verhältnissen stehende Produktion Rußlands aus, so beläuft sich der Rückgang der industriellen Weltproduktion von 1929 bis 1931 sogar auf 38 Proz. Das Absinken war am bedeutendsten in den Produktionsmittelindustrien, aber auch die Verbrauchsgüterindustrien weisen eine empfindliche Einschränkung ihrer Erzeugung auf, was das unmittelbare Ergebnis der Kaufkraftschrumpfung ist, die wieder durch die fortgesetzten Lohn- und Gehaltssenkungen herbeigeführt wurde.

Am meisten leidet Deutschland unter der Krise. Hier sank die Meßziffer der Produktion der wichtigsten Industriezweige (1928 = 100) auf 72,5 Ende 1930, 60 Ende 1931 und 56,1 Ende Januar 1932. Die Zahl der Vollbeschäftigten auf je 100 Gewerkschaftsmitglieder sank in den Produktionsmittelindustrien von rund 90 im Monatsdurchschnitt 1929 auf 55 im Januar 1932 und in den Verbrauchsgüterindustrien von 81 auf 47 (in beiden Fällen ausschließlich der Saisongewerbe). Nach diesen Zahlen sind in Deutschland die Verhältnisse in den Verbrauchsgüterindustrien noch ungünstiger als in den Produktionsmittelindustrien.

Viel weniger empfindlich wirkt sich die Krise in Großbritannien aus, wo die Meßziffer der industriellen Produktion (1924 = 100) 1929: 111 und 1931 immer noch 91 betrug, aber auch die Meßziffer der Löhne von 100 1924 nur auf 97 im letzten Viertel 1931 zurückging.

In Frankreich stieg die Meßziffer der Produktion, die auf Grund der Lage nur weniger Industriezweige berechnet wird, wobei 1913 das Ausgangsjahr ist, von 139 1929 auf 140 1930, um dann auf 124 1931 zu sinken. Durch die zunehmende Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen Kaufkraftschwund gerät auch Frankreich, trotz seiner Goldreserven, immer stärker in den Krisenstrudel.

In den Vereinigten Staaten von Amerika waren die Produktionseinschränkungen bedeutend. Die Meßziffer der Produktion der verarbeitenden Industrie (1923 bis 1925 = 100) war im Monatsdurchschnitt 1929: 119, 1930: 96 und 1931: 80; die Meßziffer der Lohnsumme sank hier von 100 1929 auf 84 1930 und 71 1931. Die Preise sind während dieser Zeit stark gefallen, aber dennoch ist, wegen der sinkenden Tendenz der Löhne, auch die Kaufkraft erheblich eingeschrumpft.

Zwar hat sich auch außerhalb der Arbeitnehmererschaft immer mehr die Ueberzeugung durchgesetzt, daß das dauernde Wechselspiel von Lohn- und Preissenkung für die Wirtschaft verderblich ist und ihre Neubelebung verhindert, aber trotzdem wird stets von neuem zu diesem Mittel und anderen deflationistischen Maßnahmen gegriffen. Es ist, als wäre die Welt von einem Wahn befangen, von dem sie sich nicht befreien kann.

Nicht nur die Nationalwirtschaften schrumpfen fortgesetzt ein, nicht nur auf den Binnenmärkten der einzelnen Länder gestalten sich die Absatzmöglichkeiten immer ungünstiger, sondern auch der Weltmarkt wird immer enger und gleichzeitig der Kampf der Nationen um den Absatz erbitterter.

Die Handelspolitik zielt gegenwärtig in den meisten Ländern darauf hin, Ausfuhrüberschüsse zu erreichen oder doch mindestens noch bestehende Einfuhrüberschüsse auf ein Mindestmaß zu verringern. Zu diesem Zweck ist die Einfuhr in zahlreichen Ländern stark eingeschränkt worden, was wieder dazu führt, daß das Streben nach gesteigerter Ausfuhr auf immer größere Hemmnisse trifft. Es kann nicht verkauft werden, wo niemand kaufen will. Die Folge dieser Politik ist eine fortdauernde und bedeutende Schrumpfung des Welt Handels. Im Vergleich mit dem Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1928, als die Wirtschaftskonjunktur gut war, war der Außenhandelsumsatz von 48 Ländern zusammengenommen Ende 1931 dem Werte nach auf etwa 55 Proz. und der Menge nach auf etwa 85 Proz. zurückgegangen. Seit Ende 1928, als der Außenhandel dieser Länder den höchsten Stand erreicht hatte, ist er wertmäßig um die Hälfte und mengenmäßig um ein Viertel eingeschrumpft. Wegen des starken Rückgangs der Großhandelspreise war die Schrumpfung wertmäßig viel größer als mengenmäßig.

In Europa, wo die stärksten Erschwerungen der Einfuhr verfügt wurden, sind auch die Umsatzwerte des Außenhandels in jüngster Zeit am meisten zurückgegangen. Von 1929 bis Mitte 1931 waren hingegen die Umsatzrückgänge der außer europäischen Länder verhältnismäßig bedeutender als jene der europäischen Länder, was in der anschließenden Wertverminderung der überseeischen

Rohstoffe begründet war. Bemerkenswert ist auch, daß die Länder Europas, die von der Goldgrundlage der Währung abgingen, wenn man ihre Ausfuhrwerte auf stabile Währung umrechnet, im letzten Viertel des Jahres 1931 größere Ausfälle der Ausfuhr zu verzeichnen hatten, als die Länder, die auf Goldstandard festhalten.

Die Entwicklung des Außenhandels Europas war 1931 insofern einheitlich, als überall, mit Ausnahme von Rußland, sowohl die Einfuhr wie die Ausfuhr dem Werte nach geringer war als 1930. Nicht so einheitlich war der Grad des Rückganges der Einfuhr und der Ausfuhr.

Die Senkung der europäischen Ausfuhrwerte betraf 1931 hauptsächlich Fertigwaren, die Senkung der Einfuhrwerte jedoch in erster Linie Rohstoffe.

Wochenschau

Opfer des Kaufkraftmordes. In Berlin hat der Beamten-Wirtschaftsverein, der 120 000 Mitglieder zählt und organisatorisch der christlichen Genossenschaftsbewegung nahe steht, seine Zahlungen eingestellt. Der Zusammenbruch ist auf die Schrumpfung der Kaufkraft und auf die durch politische Unruhen verursachte Abhebung von Spargeldern zurückzuführen.

Reichswehrmanöver trotz Geldmangel. Vom 19. bis 22. September sollen in der Nähe von Frankfurt a. d. Oder die diesjährigen Heeresmanöver stattfinden.

Arbeitslosigkeit in England steigt. Im Monat Juli stieg die Zahl der Arbeitslosen in England um 64 500 auf 2,81 Millionen.

Militärputsch in Spanien. In Madrid und Sevilla versuchten einige aus dem Dienst entfernte Militäroffiziere einen Umsturz herbeizuführen. Ihr Vorhaben ist am Widerstand regierungstreuer Truppen und an der Geschlossenheit der Arbeiterschaft gescheitert.

Mussolini-Film in Wien unbeliebt. Die Wiener Behörden haben die Aufführung des Filmes über das neue Italien, in dem Mussolini verherrlicht wird, nicht zugelassen. Der daraufhin eingelegte Einspruch des italienischen Gesandten bei der österreichischen Regierung blieb ohne Erfolg.

Gerechte Strafe. In Reichenbach i. Schl. sollte der Redakteur der dortigen SPD-Zeitung von Nazi-Terroristen ums Leben gebracht werden. Schriftlich war ihm dies bereits Tage vorher angekündigt. Als der Mord ausgeführt werden sollte, explodierte die Eierhandgranate in der Hand des Mörders und verletzte diesen so schwer, daß er bald darauf starb.

Terror ohne Ende. Der nach den Wahlen einsetzende Terror durch Hitlers SA. hat neben unermesslichen Sachschäden viele Menschenleben vernichtet. In der Nacht vom 7. zum 8. August wurden an verschiedenen Stellen 5 Reichsbannerleute getötet. Die Verletzten dieser Nacht sind kaum zu zählen.

Streik im belgischen Kohlenbergbau. Der schon seit einem Monat andauernde Streik der Kohlenarbeiter in drei Kohlenrevieren hat sich zu einem allgemeinen Streik im gesamten belgischen Kohlenbergbau ausgedehnt. Die freien Bergarbeiter haben auf ihrem Kongreß den in keiner Weise genügenden Einigungsvorschlag der Regierung abgelehnt. Im Streikgebiet werden Soldaten und Gendarmerie als Streikbrecher verwendet.

Geborstene Nazi-Säulen. In Ludwigsburg i. Württemberg mußte der nationalsozialistische Stadtrat Glein sein Amt niederlegen. Er hat durch Bestechungen nicht nur sich, sondern auch seinen Freunden finanzielle Vorteile verschafft. Auch der Nazi-Bürgermeister von Maichingen i. Württemberg ist gestolpert. Er veruntreute 4000 Mk. Als die Polizei Nachforschungen anstellte, verschwand er spurlos.

Die Antwort auf SA-Terror. In dem Orte Cattenstedt in Braunschweig wurde der von der SPD. als Gemeindevorsteher vorgeschlagene Kandidat bereits im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gewählt.

Um die Schlachtsteuer. Der nationalsozialistische Ministerpräsident in Oldenburg stellte in Aussicht, daß die Schlachtsteuer in Oldenburg eingeführt wird. Vor der Wahl wurde von derselben Regierung behauptet, daß eine Einführung der Schlachtsteuer nicht in Frage komme.

Noch ein Kreuzer-Opfer. Der schwedische Ministerpräsident ist zurückgetreten. Er hat als Mitglied der Freisinnigen Volkspartei von Kreuzer 100 000 Kronen erhalten und diese der Parteikasse zugeführt. Die Gelder wurden für die Konkursmasse sicher gestellt.

Nach den Wahlen

Der von den Nationalsozialisten mit großem Stimmen- und Materialaufwand betriebene Wahlkampf hat den mit Sehnsucht erwarteten vollen Erfolg nicht gebracht. Dafür halten sie sich durch Terrorakte gegenüber der Bevölkerung schadloß. Auch die Kommunisten werden sich ihres Erfolges freuen, sonst aber wieder die Hoffnungen ihrer Wähler täuschen und fruchtlose Opposition treiben.

Die Aussichten, einen arbeitsfähigen Reichstag zu schaffen, sind äußerst gering, wenn nicht gar un-

möglich. Es ist daher anzunehmen, daß die Regierung von Papen noch auf unbestimmte Zeit im Amt bleibt und dem werktätigen Volk noch einige drakonische Notverordnungen bescheren wird. Einen Erfolg hat aber die Wahl vom 31. Juli doch. Nämlich die Anzahl der Parteien ist erheblich zusammengeschmolzen und eigentlich ist nur noch von vier Parteien zu reden. Der Gewinn der Nazi ist in der Hauptsache auf das Konto der zusammengehauenen bürgerlichen Parteien zu setzen. Damit ist wenigstens ein Teil der nationalsozialistischen Wünsche in Erfüllung gegangen, aber nicht der entscheidende, die Marxisten zu vernichten. Das Gegenteil ist erreicht worden. Die proletarisch-marxistische Front steht zahlenmäßig stark der NSDAP. gegenüber. Weiterhin hat sich klar herausgestellt, daß die Nazibewegung den Höhepunkt erreicht hat. Weitere Reservoirs zum Wählerfang stehen nicht mehr zur Verfügung. Von Bedeutung ist das Wahlresultat für die Sozialdemokratie. Trotz Lüge und Verleumdung ist es nicht möglich gewesen, daß Vertrauen der Wähler zur Sozialdemokratie zu erschüttern. Die vierzehnjährige mühsame Aufbauarbeit im Reich und in Preußen ist voll und ganz gewürdigt worden. Der gesunde Menschenverstand der sozialdemokratischen Wähler hat sich nicht täuschen lassen von den Hohlrednern links und noch weniger von rechts.

Genau so wie die Partei in den Dreck gezogen wurde, ist es den Gewerkschaften und deren Führern ergangen. Man entblödete sich nicht, der Masse zu suggerieren, daß sie nur zu kuschen hätte, während die „roten Bonzen“ für Arbeitergroschen sich ein lustiges und sorgenfreies Leben sichern. Auch hier war Vernunft Sieger über Verleumdung. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter wissen die Tätigkeit der Gewerkschaften und ihrer Führer zu schätzen. Sie wollen nichts wissen von den Phantasieerfolgen der RGO-Strategen. Genau so lehnen sie alle Schönfärberei des Nazi-Arbeitsdienstpflicht-Obersten ab. Sie wollen nicht Armierungssoldat sein mit 30 Pf. Löhnung und Kesselessen. Die Arbeiterschaft will Arbeit zu Tariflöhnen und frei sein von allem Zwang. Deshalb haben Hand- und Kopfarbeiter am 31. Juli der Sozialdemokratie ihr Vertrauen geschenkt, weil diese Arbeiterinteressen vertritt und nicht das der Junker und Industrieherrn. Aufgabe aller Parteigenossen und jeden Gewerkschafters ist es jetzt, alle Anschläge der Nazis auf die Betriebe und auf die Gewerkschaften abzuwehren. Ihre Anstrengung muß ebenso erfolglos sein, wie der Ansturm der RGO. es war. Auf zur Arbeit! S.

Bleibt das Schlichtungswesen erhalten?

Als durch Gesetz den staatlichen Schlichtungsorganen das Recht zuerkannt wurde, bei Arbeitsstreitigkeiten schlichtend einzugreifen und Hilfe zu leisten zur Herbeiführung eines Vertrages sowie bei hartnäckiger Widerspenstigkeit eines Partners Zwangsverträge mit voller Rechtswirkung zu schaffen, gab es nur wenige Unternehmer, die sich zu dieser den Arbeitsfrieden fördernden Einrichtung bekannten. Die Mehrzahl von ihnen war bestrebt, die Fesseln, die ihnen das Schlichtungswesen anlegte, sobald als möglich abzustreifen. Ihr Verlangen wurde, wenn auch aus anderen Motiven, unterstützt von den Kommunisten, die bei jeder Gelegenheit das Schlichtungswesen bekämpften.

Die Unternehmer, die in ihrem Kampf bereits Erfolge erzielen konnten, sehen nunmehr die Zeit gekommen, in der ihre Wünsche in Erfüllung gehen. Von der Regierung Papen erwarten sie Anerkennung ihrer Forderungen. Dem Schlichter von Groß-Berlin ist deshalb bereits gekündigt. Darob großer Jubel in der reaktionären Presse, der nur gedämpft wurde durch die Aussichten, die sich eröffnen bei einer völligen Beseitigung des Schlichtungswesens. Einige besonnene Elemente konnten nicht umhin, festzustellen, daß die deutsche Wirtschaft gegenwärtig alles andere vertragen kann als Arbeitskämpfe. Daß diese nicht ausbleiben werden, braucht wohl nicht betont zu werden. Das Reichsarbeitsministerium hat sich daraufhin beeilt zu erklären, daß gesetzliche Maßnahmen zum Abbau der Schlichtung weder in Vorbereitung, noch beabsichtigt seien. Die Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen soll nicht aufgehoben werden, sondern nur vorsichtiger und nur in Fällen angewandt werden, wo sie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit erforderlich erscheinen. Es sei auch nicht an die Aufhebung der Unabdingbarkeit der Tarifverträge und die Ersetzung durch Werktarife gedacht. Nur rein verwaltungsmäßig soll darauf hingewirkt werden, daß die Tarifparteien der Lage der einzelnen Werke mehr als bisher Rechnung tragen, und zwar auf dem Wege unmittelbarer Verständigung.

Die Worte höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube, schon deshalb, weil das Reichsarbeitsministerium noch lange nicht die Reichsregierung ist und auch heute noch nicht feststeht, wie die Reichsregierung morgen zusammengesetzt sein wird. Eins werden sich die Minister von heute und die von morgen merken müssen, daß die Entrechtung der Arbeiterschaft eine Grenze hat. Es wird ein böses Erwachen geben, wenn diese Grenze überschritten wird.

Hamburgs Brauereiarbeiter vor 40 Jahren

Im Januar 1892 fand in Hamburg eine öffentliche Versammlung statt, die sich mit den Fragen des Zusammenschlusses aller Arbeitnehmer in der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie befaßte. Der Einberufer war Brauer Ludwig Klein. Durch diese Veranstaltung wurde es namentlich unter den ungelerten Brauereiarbeitern wieder recht lebendig.

Wie war damals das Organisationsverhältnis? Brauer und Böttcher waren wohl gut organisiert. Bei allen übrigen Gruppen jedoch war von einer einheitlichen Organisation keine Spur. Die Handwerker waren in allen möglichen Fachvereinen, die aber ohne jeden Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Brauereien blieben. Für das gesamte Fahrpersonal bestand keine gewerkschaftliche Vereinigung. Von den Arbeitern des inneren Betriebes, wie Hilfs-, Flaschenkeller- und Hofarbeitern, gehörten nur wenige dem kurz zuvor gegründeten Fabrikarbeiterverband an, der weitaus größere Teil war unorganisiert. Letzteres erklärt sich daher, daß die gelernten Berufe nicht gewillt waren, ungelernete Arbeiter in ihre Organisationen aufzunehmen. Es ist und bleibt das Verdienst der Brauer, in dieser Hinsicht den Anfang gemacht zu haben.

Nach der Versammlung erstand der Verein der in Brauereien, Mälzereien und Bierniederlagen beschäftigten Arbeiter Hamburgs und Umgegend. Ein Zusammenschluß mit den Brauern sollte in Kürze folgen. Die Unternehmer sahen dieser Entwicklung mit gemischten Gefühlen entgegen, denn nunmehr entspann sich auch ein freundschaftlicheres Verhältnis zwischen den Gelernten und Ungelernten; die letzteren wurden gar oft als Lohndrücker angesehen. Als dann im gleichen Jahr der Logiszwang in den Brauereien fiel, glaubten die Unternehmer, mit ihrer Herrschaft in den Betrieben sei es für immer vorbei. Sie sann auf ein Mittel, die gemeinsame Organisation zu vernichten. Diese Gelegenheit bot sich recht bald. In der Tivoli-Brauerei entstand ein Streit zwischen dem Braumeister und einem Arbeiter; letzterer wurde entlassen. Alle Versuche auf Wiedereinstellung scheiterten. Schließlich wurde über die Brauerei die Sperre verhängt. Die Unternehmer verlangten die sofortige Aufhebung, und als dem nicht stattgegeben wurde, erfolgte am 16. August die Aussperrung von etwa 1600 Brauereiarbeitern. Nur die Actien-Brauerei sperrte nicht aus. Für die Ausgesperrten stand es sehr schlecht. Geldmittel zur Unterstützung waren nicht vorhanden und die Brauereien bezogen Arbeitskräfte von auswärts waggonweise. Als nach einer Woche, auf Grund der Verhandlungen, die Wiedereinstellungen beginnen sollten, waren fast alle Posten besetzt, und nur wenige, wozu auch Schreiber dieses gehört, wurden wieder eingestellt, der übergroße Teil der Ausgesperrten auf „später“ vertröstet. Aber dieses „später“ sollte Jahre dauern.

In Hamburg herrschte in der zweiten Hälfte des August eine ungeheure Hitze. Zahlreiche Erkrankungen erfolgten. Immer häufiger durchrasten die Krankenwagen die Stadt, denen bald die vielen Leichentransporte folgten. Jetzt wurde es allgemein bekannt: in Hamburg-Altona grassierte die Cholera. Tag für Tag fielen Hunderte dieser Epidemie zum Opfer. Obwohl, wie später amtlich festgestellt wurde, kein Brauereiarbeiter an der Seuche gestorben ist, mied die Bevölkerung fast jeglichen Biergenuß. Folglich ging der Bierabsatz rapide zurück. Wasser durfte nur in abgekochtem Zustand genossen werden. Statt Bier fuhren schließlich die Brauereien, auf Veranlassung des Senats, Wasser in die einzelnen Stadtteile für die Bevölkerung. So ging es Woche für Woche bis weit in den September hinein. Als endlich die Cholera erloschen war, da wurde sie auch ebenso schnell wieder vergessen; höchstens daß man in den Vergnügungstätten folgenden Refrain zum Tanz sang:

Gekoktes Woter
Von Herrn Senoter
Gekoktes Woter is gesund;
Sünn ji ahl gesund?
Jawoll, jawoll, jawoll!

Und die auf der Straße liegenden Brauereiarbeiter? Ach! an die dachte niemand mehr. Den Unternehmern war es erst mal gelungen, die Organisation der Brauer und Arbeiter zu zertrümmern. Wohl blieben die Betriebe für viele Kollegen auf lange, lange Zeit geschlossen, aber der Kampfesmut und die Einigkeit unter den Kollegen bestand nach wie vor. Energisch wurde an dem Wiederaufbau der Organisation gearbeitet. In wenigen Jahren stand der Verband neu gerüstet auf dem Plan und konnte, gestützt auf die Solidarität und Einigkeit der Kollegen, in allen späteren Kämpfen bedeutende Siege erringen.

C. Gerwoldt, Hamburg.

Vermehrte Lehrlingshaltung im Fleischergerwerbe

Wer etwa glaubte, daß im Fleischergerwerbe in Rücksicht auf die riesige Arbeitslosigkeit der Fleischergesellen — die letzte amtliche Feststellung weist rund 28 000 arbeitslose Fleischergesellen aus — zu Ostern weniger Lehrlinge eingestellt wurden, der hat sich gewaltig getäuscht. Erhebungen, teils durch in Anspruchnahme behördlicher Stellen, weil Fleischerinnungen jede Auskunft verweigerten, ergeben ein sehr überraschendes Bild. Nur in wenig Orten sind weniger Lehrlinge neu eingestellt als freigesprochen wurden. In den meisten Orten ist mindestens die gleiche Anzahl wie Freigesprochene neu eingestellt. Es gibt aber Orte, wo weit über die doppelt Anzahl

scheinend weder Lehrmeister noch Obermeister Gewissensbisse.

Was schert es auch die Fleischermeister ob gesetzlicher Jugend- bzw. Lehrlingsschutz besteht, ob die Arbeitszeit gesetzlich respektive tariflich geregelt ist, sie bestimmen trotz alledem anders. Noch wird gearbeitet bis zu 75 Stunden je Woche, ohne Rücksicht auf Gesetz und Recht und Arbeitslosigkeit. Dabei sind die Lehrlinge besonders billige und willige Ausbeutungsobjekte. Und je größer die Zahl der arbeitslosen Gesellen ist, je länger diese arbeitslos bleiben, je größer die Not bei ihnen ist, desto leichteres Spiel haben die Fleischermeister. Arme Fleischergesellen können ja auch nicht selbständig werden, also keine Konkurrenz als Meister bieten. Was mit ihnen wird, darum machen sich die Meister keine Sorgen. Um so mehr sollten alle Fleischergesellen sich freigewerkschaftlich organisieren, um gemeinsam alle diese Zustände zu bekämpfen.

ph.

Brutale Anwendung aller Machtmittel

Neue scharfe Ausnahmebestimmungen.

Drei Notverordnungen sind am 9. August innerhalb weniger Stunden unterzeichnet worden und in Kraft getreten. Von ihnen hofft die Regierung, daß sie die politischen Gewalttaten und die gemeinen Terrorakte verhindern. Die eine Verordnung enthält erheblich verschärfte Strafindrohungen, für ernsteste Fälle sogar die Todesstrafe, durch die andere können im Benehmen mit den Landesregierungen Sondergerichte errichtet werden und die dritte verlängert den am 10. August abgelaufenen politischen Burgfrieden sowie das Demonstrationsverbot bis Ende August.

In der amtlichen Mitteilung zu diesen Maßnahmen heißt es, daß die letzten Wochen in Deutschland bisher unerhörte Gewaltakte gebracht haben. Reichspräsident und Reichsregierung haben sich daher entschlossen, zur Unterdrückung des politischen Terrors von den schärfsten Mitteln Gebrauch zu machen. Es wird dann darauf verwiesen, daß künftig derjenige sein Leben verwirkt, der ohne Ueberlegung in der Leidenschaft des politischen Kampfes, aus Zorn und Haß einen tödlichen Angriff auf seinen Gegner unternimmt oder einen Polizeibeamten oder einen Angehörigen der Wehrmacht tötet. Auch der wird mit dem Tode bestraft, der durch Brandstiftung oder ein anderes gemeingefährliches Verbrechen den Tod eines Menschen verursacht. Schwere Körperverletzung wird künftig nicht unter 10 Jahren Zuchthaus bestraft. Für alle anderen Gewalttätigkeiten wird ebenfalls Zuchthausstrafe angedroht.

Um die neuen schweren Strafindrohungen mit Nachdruck zur Geltung zu bringen, hat die Reichsregierung im Einvernehmen mit der preußischen Landesregierung für die Bezirke Königsberg, Elbing, Kiel, Berlin, Breslau, Hamm und Düsseldorf Sondergerichte eingesetzt. Sie arbeiten nach einem beschleunigten Verfahren. Ihre Urteile sind keinem Rechtsmittel unterworfen und deshalb sofort mit ihrer Verkündung rechtskräftig und vollstreckbar.

Zum Schluß weist die Reichsregierung noch darauf hin, daß Hoffnungen auf eine Amnestie grundlos sind, weil die Amnestierung politischer Straftaten in schroffsten Gegensatz zu ihrer mit den neuen Verordnungen verfolgten Absicht stehen würde.

Es ist nicht allein unsere Ansicht, daß die „Anwendung „aller“ brutaler Machtmittel“ unnötig gewesen wäre, wenn die Reichsregierung das Verbot der SA und das Uniformverbot nicht aufgehoben, wenn sie den Nazis zuliebe die noch heute rechtmäßige Preußenregierung und viel zuverlässige Verwaltungsbeamte nicht ihres Amtes enthoben hätte und wenn sie nicht systematisch den Eindruck zu erwecken versuchte, als ob die Nazibewegung die besten deutschen Menschen in sich vereiniget. Alle diese Handlungen haben nur bewirkt, daß die Nazis heute glauben, sich mit Gewalt das zu nehmen, was ihnen nach ihrer Ansicht zu Unrecht vorenthalten wird. Damit hat die Reichsregierung innenpolitisch Schiffbruch erlitten. Es wäre gut, sie würde aus eigener Initiative daraus die Konsequenzen ziehen.

Neuverordnung für Weizenvermahlung

Im Reichsgesetzblatt Nr. 53 wird eine neue Verordnung über die Ausmahlung von Inlandsweizen veröffentlicht. Dazu wird bestimmt, daß die im deutschen Zollgebiet liegenden Mühlen von der Weizenmenge, die sie vermahlen in der Zeit vom 16. August bis 13. September 1932 und in den einzelnen Monaten von Oktober 1932 bis Juli 1933 und in der Zeit vom 1. bis 15. August 1933 mindestens je 97 Proz. Inlandsweizen zu vermahlen haben. Sofern eine Mühle, die Mitglied des durch Vertrag vom 6. Juli 1932 in Berlin errichteten „Konsortiums Deutscher Weizenmühlen 1932“ ist, in der Zeit vom 16. August 1932 bis 15. August 1933 Auslandsweizen vermahlt, der auf Grund der Verordnung über Zolländerungen vom 6. Juli 1932 zollfrei oder zum Zollsatz von 0,75 Mk. je Doppelzentner eingeführt worden ist (Austauschweizen), ermäßigen sich für die Dauer ihrer Mitglied-

40 Jahre Treue zum Verband



Nikolaus Wenzel
Böttcher, Hamburg
Eingetr. 10. 1. 1886, jetzt invalide



Carl Brandtner
Böttcher, Stettin
Eingetreten 10. 1. 1886



Wilhelm Arthun
Böttcher, Stettin
Eingetreten 1. 6. 1890



Walter Rollert
Böttcher, Magdeburg
Eingetreten 9. 12. 1890



Heinrich Huhn
Böttcher, Magdeburg
Eingetreten 7. 12. 1890



Bernhard Schulz
Böttcher, Stettin
Eingetreten 14. 7. 1891

Lehrlinge gegenüber den freigesprochenen neu eingestellt wurden.

Hierfür nur einige Beispiele: In Kassel freigesprochen 47, neu eingestellt 53, Herne 7 bzw. 11, Hameln 5 bzw. 12, Bamberg 8 bzw. 12, Ansbach 11 bzw. 14, Aschaffenburg 13 bzw. 14, Hannover (Bezirk) 107 bzw. 112, Dessau 17 bzw. 22, Wittenberg 6 bzw. 11, Halberstadt 14 bzw. 15, Quedlinburg 10 bzw. 11, Wernigerode 9 bzw. 11, Chemnitz 30 bzw. 48, Oelsnitz 12 bzw. 15, Plauen i. V. 32 bzw. 39, Reichenbach i. V. 9 bzw. 13, Itzehoe 9 bzw. 12, Lübeck 19 bzw. 20, Kottbus 9 bzw. 19, Guben 8 bzw. 14, Senftenberg 3 bzw. 11, Görlitz 67 bzw. 82, Gleiwitz (Bezirk) 42 bzw. 44, Grünberg i. Schl. 3 bzw. 18, Liegnitz 15 bzw. 19, Waldenburg i. Schl. 8 bzw. 21, Breslau (Land) 11 bzw. 17 und Breslau (Stadt) 23 bzw. 112.

Schlesien hat von jeher neben Ostpreußen und Pommern die größte Lehrlingshaltung aufgewiesen; es wird entsprechend den jetzigen Einstellungen Schlesien in der Lehrlingshaltung und -ausbeutung allen voran sein.

Lehrlingszüchterei weist selbst der Deutsche Fleischerverband zurück, obgleich ihm ebenso bekannt ist wie aller Welt, daß rund 38 000 Lehrlinge gehalten werden, gegenüber 20 000 bis 21 000 in der Vorkriegszeit.

Viele tausend Lehrlinge sind Ostern freigesprochen worden und — in die Fremde geschickt. Mit salbungsvollen Worten erfolgte der Freispruch. Ermahnungen an Fleiß, Treue und Gottesfurcht fehlten bei keinem Obermeister. Wo aber hin, wo Fleiß und Treue zur Geltung bringen, darüber machen sich an-

schaft die im Abs. 1 genannten Hundertsätze auf mindestens je 70 Proz. In diesem Falle darf aber anderer Auslandsweizen als Austauschweizen nur bis zu 3 Proz. der gesamten in den einzelnen Zeitabschnitten vermahlenden Weizenmenge vermahlen werden.

Durch die Verordnung des Vermahlungszwanges von Inlandsweizen wird ebensowenig eine Besserung für die Landwirtschaft eintreten wie früher. Wie wir bereits in der vorigen Nummer anlässlich einer Besprechung der Unternehmerstatistik im Bäcker-gewerbe nachweisen konnten, ist durch die Drosselung der Kaufkraft ein bedeutender Rückgang der Mittel- und Kleinbetriebe erfolgt und eine starke Zunahme der Zwergbetriebe eingetreten. Die Ursachen dieser Erscheinung waren in der Einschränkung des Brotkonsums zu suchen. Alle Maßnahmen, der Landwirtschaft zu helfen, werden scheitern an der großen Arbeitslosigkeit und an den Lohnsenkungen.

Werden die Hefearbeiter gleichgültig?

Die Hefeindustrie hat die Krise und ihre Auswirkungen bisher ziemlich gut überstehen können. Diese Tatsache ist wohl nur darauf zurückzuführen, daß die Herstellung von Hefe auf wenige Großbetriebe konzentriert wurde. Diese Großbetriebe fühlen sich heute sogar noch so stark, daß sie sich erbitterte Konkurrenzkämpfe liefern können, deren Endergebnis wahrscheinlich eine allgemeine Regelung der Erzeugung und der Preise sein wird.

Die Konzentration innerhalb der Hefeindustrie hat sich bereits vor dem Kriege bemerkbar gemacht. Im Jahre 1912 sind noch 510 Betriebe an der Herstellung von Hefe beteiligt gewesen. Der Krieg hat davon mehr als 400 vernichtet. 1920 gab es nur noch 75 Hefefabriken. Ihre Zahl sank bis zum Jahre 1928 auf 50. Die Produktion der Hefe nahm einen umgekehrten Verlauf. Während im letzten Jahre vor dem Kriege rund 490 000 Doppelzentner Hefe erzeugt wurden, stieg die Produktion bis zum Jahr 1928 bis auf 615 000 Doppelzentner.

Mehr als die Hälfte der erzeugten Hefe wird von der Norddeutschen Hefeindustrie hergestellt. Diese Gesellschaft, mit ihrem Sitz in Berlin, hat im Laufe der Jahre eine Reihe großer und kleiner Hefefabriken aufgekauft und stillgelegt oder zu modernen Produktionsstätten ausgebaut. Zu nennen sind nur die Dresdner Preßhefefabrik, Preßhefefabrik Neuhaldensleben, Konstanz, Wandsbek, Giesmannsdorf, sowie die Lefèvre-Werke und die Crépin-A.-G. in Stettin, die Ostdeutschen Hefewerke in Tilsit und die Schlesischen Hefewerke in Reichenbach in Schlesien. Das Kapital dieser Gesellschaft ist zur Durchführung dieser Konzentration im Jahre 1926 um 13 Mill. Mark auf 16 Mill. Mark erhöht worden. Die Norddeutschen Hefewerke, die dem Schultheiß-Patzenhofer-Konzern angehörten, sind aus diesem nach der großen Reinigungsaktion ausgeschieden.

Die Konzentration in der Hefeindustrie, die so viele Werke zum Erliegen brachte, ist ohne Rücksicht auf die Hefearbeiter erfolgt. Sie wurde allein diktiert von dem Verlangen der Kapitalbesitzer, ihren Reichtum zu vermehren. Die Hefearbeiter haben diesem rücksichtslosen Spiel mit ihrer Lebensexistenz nur zögernd Widerstand entgegengesetzt. Vor dem Kriege sind es nur wenige gewesen, die sich in der Organisation zusammengefunden haben, um gemeinschaftlich ihre Lohn- und

Arbeitsbedingungen zu regeln. Die Mehrzahl war unorganisiert und mußte teilweise zu menschenunwürdigen Löhnen arbeiten.

Nach dem Kriege änderte sich das Bild. Mit wenigen Ausnahmen wurden alle Hefearbeiter Mitglied der Organisation. Die Arbeitszeit wurde geregelt. Die Löhne sind nach mühevoller Arbeit denen anderer Berufsgruppen angepaßt worden. Es wurde Urlaub vereinbart und viele andere Vorteile tariflich festgelegt. Wer unvoreingenommen einen Vergleich zieht zwischen heute und damals, der kann nichts anderes feststellen, als daß sich die Lage der Hefearbeiter gebessert hat. Möglich war es nur durch die Organisation. Der einzelne vermochte nichts auszurichten gegen die Kapitalmacht, die ihm entgegenstand. Und heute, wo sich diese Macht in den einzelnen Werken vervielfacht hat, kann er es erst recht nicht. Es kann nur der Organisation überlassen bleiben, die Arbeitsbedingungen zu regeln. Sie werden für die Arbeiter um so günstiger sein, je lückenloser sie der Organisation angehören. Es liegt nur an den Hefearbeitern, ob die durch die Ungunst der Verhältnisse eingetretenen Lohnverluste zur gegebenen Zeit wieder aufgeholt werden. Der letzte Mann muß deshalb der Organisation zugeführt werden.

Warum sind die Krabben so klein?

Seit über 20 Jahre werden an der Westküste Holsteins die Nordseekrabben in Heimarbeit geschält. Gefischt wurden viel länger die Nordseekrabben, aber meist im rohen Zustande an Private verkauft. Die Heimarbeit kam erst viel später. In früheren Jahren gingen die Krabbenfischer ohne Fahrzeug, ohne Boot und Kutter ins Wattenmeer zum Fischen. Die Butzkiepe auf dem Buckel, die Krabbenjolle über die Schulter gelegt, so marschierten sie ins Watt hinein, hinter dem zurücktretenden Wasser her. Im sogenannten „Krautloch“, einem großen Wasserpriel im Wattenmeer, stellten sie sich dann auf und fischten so lange, bis das höher steigende Wasser zum Rückzug mahnte. Allzu lange konnten sie nicht warten, denn dann waren die hinteren Priele voll Wasser und man konnte nicht mehr durchwaten. Zu Hause angelangt, mußten die gefangenen Krabben verkauft werden. Man kann sich nun vorstellen, einen wie langen Arbeitstag die Krabbenfischer von früher hatten, nur um einen geringen Verdienst zu haben.

Heute findet man diese Art der Krabbenfischerei nur noch sehr selten. Im vorigen Jahre habe ich eine Zeitlang von meiner Arbeitsstelle nahe am Seedeich zwei Krabbenfischer dieser Art beobachten können. Tag für Tag marschierten sie ins Wattenmeer hinein. Ihr Verdienst ist heute im Verhältnis zur aufgewendeten Arbeit bestimmt nicht besser als früher, wenn nicht noch kärglicher. Man erklärte mir, daß bald keine Krabben mehr heraufkämen, und die heraufkämen, wären nur sehr klein. Auf meine Frage, woher denn diese Tatsache zu erklären sei, ob die Krabben sich überhaupt von der Westküste verziehen, wurde mir gesagt: „Gehen Sie einmal zum Hafen und sehen Sie sich einmal an, wieviel kleine Krabben in die Darre kommen, die getrocknet und zu Fischmehl verarbeitet werden.“

Dieser Anregung bin ich nachgekommen und habe auch tatsächlich die Behauptung der beiden Krabbenfischer bestätigt gefunden. Millionen, aber Millionen noch nicht ausgewachsener Krabben kommen in die Darre, werden getrocknet und zu Fischmehl verarbeitet.

Gegen diesen ungeheuren Raubbau kommt die große Vermehrung der Nordseekrabben nicht auf. Man kann den Laich, den das Weibchen unter seinem Leib trägt, nicht zählen. Hunderte und aber Hunderte werden es sein. Trotzdem ist der Raubbau in der Krabbenfischerei nicht weitzumachen. Die Auswirkungen dieses nunmehr seit vier Jahren betriebenen Raubbaues zeigen sich heute. Von Jahr zu Jahr werden die Krabben im Durchschnitt kleiner. Es ist ja auch ganz verständlich, wenn der junge Nachwuchs, ohne auszuwachsen, schon weggefischt wird. Dadurch wird der Lohn noch mehr geschmälert. Denn je kleiner die Krabben sind, desto mehr fallen auf zehn Pfund und desto länger muß die Krabbenfischerin daran arbeiten. Außerdem schädigen die Fischer sich selbst ungeheuer. Eines Tages wird dieser Raubbau dazu führen, daß an der Nordseeküste überhaupt keine Krabben mehr gefangen werden. Dann haben die Krabbenfischer sich selbst und den vielen hundert Krabbenfischerinnen ihr tägliches Brot genommen. Gegen diesen Raubbau führen die Krabbenfischerinnen durch ihre Organisation einen verzweifelten Kampf. Immer wieder wird auf die weittragenden Folgen des Raubbaues hingewiesen. Ein Erfolg ist ihnen bisher nicht beschieden gewesen. Der Kampf geht weiter. Er muß geführt werden. Immer wieder muß dem staatlichen Fischmeister bewiesen werden, welche Folgen der Raubbau haben muß. Es ist höchste Zeit, daß der staatliche Fischmeister eingreift, ehe es zu spät ist.

Die Ortskrankenkassen im Jahre 1931

Der „Hauptverband deutscher Krankenkassen“ veröffentlicht soeben sein „Jahrbuch der Krankenkassenversicherung für das Jahr 1931“. Diese alljährlich erscheinenden Bücher enthalten interessante Angaben über den Stand und die Entwicklung der Krankenkassenversicherung. Die Zahlen und Angaben sind um so wertvoller, als es sich bei dem Hauptverband um die größte Organisation der Versicherten handelt. Es waren dem genannten Verbands am Schlusse des Berichtsjahres 1596 Krankenkassen mit 11 378 257 Versicherten angeschlossen. Insgesamt wurden am Schlusse des Jahres etwa 18 Millionen Mitglieder reichsgesetzlicher Krankenkassen gezählt. Der Hauptverband umfaßt demnach weit über die Hälfte aller vorhandenen Kassenmitglieder. Dem Jahrbuch ist eine Statistik über die Verhältnisse der Ortskrankenkassen im Jahre 1931 angegliedert. An dieser Statistik haben sich 1435 Ortskrankenkassen mit einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 10 678 517 beteiligt.

Der durchschnittliche Beitragssatz der Kassen betrug zu Beginn des Jahres 5,86 Proz. des Grundlohnes, am Ende des Jahres war er auf 5,91 Proz. gestiegen. Der niedrigste Beitragssatz betrug 3 Proz., der höchste 8,1 Proz. des Grundlohnes. Auf je 100 Mitglieder entfielen 122,04 Fälle mit ärztlicher Behandlung, 45,39 Fälle von Zahnbehandlung, 36,94 Fälle mit Arbeitsunfähigkeit und 6,72 Fälle mit Krankenhauspflege. In dem Bericht heißt es zu diesen Zahlen: „Gegenüber dem Vorjahre hat die Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle um 12,6 Proz., die Zahl der Krankenhauspflegefälle um 3,7, die Zahl der Kurheimpflegefälle um 12,4 Proz. vermindert. Die Zahl der Betriebsunfälle ist bei den beteiligten Kassen

Vom Bier und von Bräuern im Allgäu

Die alten Deutschen, deren Durst so berühmt ist wie ihre Kampfeslust und Streitsucht, bereiteten sich bekanntlich als Haustrunk den Met. Mit dem Uebergang zum Ackerbau lernten die Germanen von ihren Nachbarn das Bier kennen; nahmen es als Berausungsmittel gern auf, indem jede Haushaltung ihren Bierbedarf selber herstellte. Die Trinklust aber artete in Saufgelage aus, so daß selbst die Römer hieran Anstoß nahmen.

Die Kunst, gutes Bier zu brauen, ging aber erst von den Klöstern aus und es wird erzählt, daß die Äbtissin zu Rupertsberg, die hl. Hildegard, „Hopfen als Bierzusatz“ verwendet habe. Die Brauereien entstanden dann zunächst in den Städten und fanden von da den Weg hinaus in die größeren Orte auf dem Lande. Die Klostersiedlungsstätten trugen auch dazu bei, daß im Allgäu Wein gebaut wurde. Weinberge gab es am Bodensee, an den Ufern der Donau und des Lechs, im Babenhausen, Wattenhausen, Irrbe und Ottobeuren. Bier und Met traten in den Hintergrund und der Weingeuß nahm schnell überhand. Von Norden her drang wieder verbessertes Bier vor nach Süden und die damaligen Weinbauern und Weinhändler führten einen erbitterten Kampf gegen den Konkurrenten. Die Stadt Reutlingen z. B. beschloß im Jahre 1697, daß „die Sudelei des Bierbrauens allweg abzutun sey“.

Dem Bier wurde nun größere Sorgfalt zugewendet. Die Reichsstadt Nürnberg gestattete 1290 zur Bierbereitung nur die Verwendung von Gerste, verbot den Gebrauch von Haber, Dinkel, Weizen und Roggen.

Im Jahre 1300 entstand nun die Zunft der Bierbrauer, die den fabelhaften König Gambrinus zu ihrem Schutzpatron erwählte:

„Der einst Flanderns Thron beglückte,
Nektar aus der Gerste drückte,
seinem edlen Angedenken weihn wir unsre Zunft.“

Der Ruhm der bayerischen und fränkischen Biere datiert aus dem 15. Jahrhundert. Im Allgäu dürfte eine der ersten Brauereien die in Füssen gewesen sein, die im Jahre 1475 von dem Münchner Bierbrauer Damian Kampeler gegründet wurde. Allmählich entstanden allerorts „Biersiede-Anstalten“, deren Gründung und Betriebsführung aber die damaligen Feudalherren als Eingriffe in ihre Hoheitsrechte auffaßten. Deshalb errichteten sie allenthalben eigene Brauhäuser zum Nachteil der bürgerlichen Brüer. So erstellte das Stift Kempten Brauereien in der Neustadt, in Grönenbach, Lautrach und Günzach. Im Jahre 1659 bedachte der Bischof von Augsburg Sonthofen mit einer Brauerei, die aber im Jahre 1666 wieder einging, worauf die bürgerlichen Brüer des Bezirkes Rettenberg die Bierlieferung wieder übernahmen. Den neuerlichen Versuch des Bischofs, das Braugewerbe zum landesherrlichen Regalium zu stempeln, beseitigten die Brüer im Jahre 1715, indem sie eine Abfindungssumme von 2500 Gulden bezahlten.

Um das Jahr 1500 soll es im Allgäu nur Weißbier gegeben haben, wie es die Brauereien zu Immenstadt, Günzach und Oberdorf geliefert hätten. In Memmingen war aber schon im Jahre 1636 Braun- und Doppelbier bekannt. Der dortige „Stadtwirt“ Mahler eröffnete im Jahre

1776 den ersten Braunbierkeller, mit welcher Spekulation er zum Leidwesen der übrigen Wirte die meisten Zecher gehabt hätte. Urkundlich wird in Immenstadt ein Michael Schmid als „Bierbrauer“ genannt. Das Jahr 1662 weiß von einem Bierbrauer Konrad Vögele zu berichten, der im „Weißen Röbl“ — heute die Gastwirtschaft zur Traube — seine Bräukunst ausübte. Im Jahre 1756 fiel das „Weiße Röbl“ einem Großfeuer zum Opfer. Im Jahre 1666 hatten die Grafen von Königsegg-Rothenfels, die damals Gebietsherren waren, ihre „gräfliche Bräustatt“ in Immenstadt und im Jahre 1670 verzeichnet die Chronik drei Brauereien, 1720 deren vier. Mit der Wirtschaftsgerechtheit war vielfach auch eine Bäckerei- und Brennereierechtigkeit verbunden und im Jahre 1856 hatte Immenstadt z. B. noch zehn Brantweimbrennereien. Einem „Schnäpschen“ war man also anscheinend nicht abhold. Zu Anfang des 18. Jahrhunderts gab es in Immenstadt sogar 14 Schnäpsbrennereien. Zu dieser Zeit wurde also viel mehr Schnaps und bedeutend weniger Bier getrunken.

Ein Arzt erklärte 1787, „daß der gemeine Mann bei seiner schlechten Kost und da er an vielen Tagen kein warmes Essen genießt, sondern sich mit Wasser und Brot begnügt und höchstens ein Stück Fleisch herunterschluckt, ohne Brantwein unmöglich leben könne und daß man bei ihnen vor weit mehr Krankheiten hören würde, wenn ihr Magen nicht zu Zeiten dadurch gestärkt und in den Stand gesetzt würde, das trockene Brot oder die genossenen halb garen Mehlspeisen aufzulösen. Der Bauer kann auch eher hungern, wenn er den Mund zuweilen mit einem Schluck Brantwein erquickt. Ueberdies

um weitere 26 Proz. gesunken." Es lassen sich aus diesen Zahlen jedoch schlecht Schlüsse auf den Gesundheitszustand der arbeitenden Bevölkerung ziehen. Interessant sind die Feststellungen über die Krankheitstage (Tage mit Arbeitsunfähigkeit). Auf je 100 Mitglieder kommen 878 Tage, für die Krankengeld gezahlt wurde. Hierzu kommen jedoch noch die Tage mit Arbeitsunfähigkeit, in denen Krankenhauspflege usw. gewährt wurde, oder für die infolge Weitererhaltung des Arbeitsentgeltes kein Krankengeld gezahlt zu werden brauchte. Insgesamt kommen auf 100 Mitglieder 1078 Unterstützungstage. Für die einzelnen Arten der Mitglieder ist diese Zahl jedoch verschieden. Es entfallen auf je 100

ml. versicherungspflichtige Mitglieder	1051 Tage
ml. freiwillige Mitglieder	940 "
wbl. versicherungspflichtige Mitglieder	1136 "
wbl. freiwillige Mitglieder	1161 "

Auf einen Krankheitsfall kommen im Durchschnitt 29,2 Unterstützungstage, und zwar 23,8 Krankengeldtage, 4,8 Tage mit Krankenhauspflege und 0,6 Kurheimpflegelage. Auch hier stehen die weiblichen freiwilligen Mitglieder mit 36,8 Tagen pro Fall an der Spitze, während bei den männlichen versicherungspflichtigen Mitgliedern nur 27,7 Tage auf einen Krankheitsfall kommen. In der Familienhilfe, die ja heute eine Pflichtleistung ist, kommen auf 100 Mitglieder 43,76 Fälle mit ärztlicher Behandlung, 11,21 Fälle von Zahnbehandlung, 2,06 Fälle von Krankenhauspflege und 0,19 Fälle von Kurheimpflege. Interessant sind gerade heute in den Zeiten der lebhaftesten Kritik an der Krankenversicherung die Angaben über die Einnahmen und Ausgaben der Kassen. Auf ein Mitglied entfällt im Durchschnitt eine jährliche Beitragseinnahme von 71,84 Mk., zu der noch 0,78 Mk. an Gebühren für Krankenscheine kommen. Es kommen hierzu noch verschiedene sonstige Einnahmen, so daß sich für ein Mitglied eine durchschnittliche Jahreseinnahme von 74,91 Mk. ergibt. Durch Veräußerung langfristig angelegter Vermögensteile erhöhte sich diese Einnahme auf 80,57 Mk.

Die Gesamtausgaben belaufen sich pro Mitglied dagegen auf 83,21 Mk. Von den wichtigsten Ausgabeposten seien einzelne angeführt.

Krankenpflege für Mitglieder	55,45 Mk.
Krankenpflege für Angehörige	7,91 "
Wochenhilfe für Mitglieder	3,00 "
Wochenhilfe für Angehörige	1,74 "
Krankheitsverhütung	0,43 "
Sterbegeld	0,85 "
Verwaltungskosten	8,20 "
Sonstige Ausgaben	0,51 "
Vermögensanlagen	5,26 "

Unter der Krankenhilfe für Mitglieder, die selbstverständlich die Hauptausgabe dem Zweck der Krankenversicherung entsprechend darstellt, stehen die Unkosten für ärztliche Behandlung an hervorragender Stelle. Es entfallen hiervon auf ein Mitglied 12,73 Mk. An Krankengeld entfällt auf ein Mitglied 18,78 Mk. Von Jahr zu Jahr steigt die Ausgabe an Krankenhauspflege, die im Berichtsjahr auf einen Versicherten eine Ausgabe von 10,50 Mk. verursacht hat. Ein bezeichnendes Licht auf die schlechte Lage der Krankenversicherung wirft die Tatsache, daß die an der Statistik beteiligten 1374 Kassen bei ihrem Jahresabschluß einen Fehlbetrag von insgesamt 31 914 920 Mk. aufweisen. Auf ein Mitglied entfällt ein Fehlbetrag von 3,04 Mk.

sind Viele an den Branntwein dermaßen gewöhnt, daß sie ohne solchen ebensowenig, als die Vornehmen ohne Wein leben können!"

Was übrigens die Güte des Allgäuer Bieres anlangt, berichten Aufzeichnungen, wie in den 1850er Jahren, als die Eisenbahn im Allgäu den Verkehr vermittelte, es keine Seltenheit war, daß Kondukteure ein Fäßchen Immenstadter Bier nach Augsburg mitnahmen und dort also gute Probe den Augsburgern vorzeigten.

Die Bräuer im Allgäu hatten natürlich auch besondere Vorschriften zu befolgen. So waren die Brauereien des Stiftes Kempten gehalten, ein genaues Quantum Bier an jeden Kundenwirt in der „Neustadt“, in Günzach usw. abzugeben.

Die Pflugschaft Rettenberg mit den Aemtern Sonthofen, Oberstdorf, Wertach und Rettenberg hatte keine herrschaftlichen Bräuhäuser, die Zahl der bürgerlichen belief sich im Jahre 1785 auf 27, ihre Anzahl durfte sich aber ohne erhebliche Beweggründe und ohne höchste Bewilligung weder vermehren noch vermindern. Eine Verordnung aus jener Zeit besagt: „Es sind denen Brauer keine gewisse Biere vorgeschrieben, welche sie abzusieden berechtigt wären, sondern der Verschleiß hängt von der zahlreichen Kundschaft, die sich durch den geschmackhafteren und gesunden Trunk zuziehen müssen, lediglich ab und zwar um da mehr als jedem Bräuer zugleich auch die Bierschenk mitverliehen ist, obschon diese auch mit einigen wenigen Zäpfeln untermischt sind, welche das benötigte Bier von jenen „Pfarrs-Wirthe“, wohin sie gehören, abzufassen, selbes aber selbst zu bräuen keineswegs berechtigt sind.“

Berufspädagogische Erwerbslosenbetreuung

Die immer unerträglicher werdende Wirtschaftskrise hat sich auch auf die seelische Haltung der Jungarbeiterschaft ausgewirkt. Sie hat unter weiten Kreisen der Jugend eine Stimmung der Animosität ausgelöst, die sich asozial, gesellschaftlich zersetzend auswirkt und die es immer schwerer macht, die Jugend für soziologisch wertvolle Komplexe, wie sie z. B. die gewerkschaftlichen Bestrebungen, Ziele, Ideale darstellen, nachhaltig zu erwärmen. Zum mindesten ist die überwiegende Mehrheit der 14- bis 20jährigen Handwerkerjugend durchaus nicht gewerkschaftsfreundlich eingestellt. So ungerecht, oberflächlich und selbst für den Jugendlichen schädlich diese Einstellung ist, sie entspricht einer vorwiegend psychologischen Seite der gesamten Jungarbeiterschaft. Schon in normalen Zeiten unterliegt der Jugendliche einem besonderen Beeinflussungskoeffizienten. Er steht der Welt der Erwachsenen, in der er sich eine Position schaffen soll, tendenziell feindlich, ablehnend, kritisch, skeptisch gegenüber. Er empfindet alle Maßnahmen von dieser Seite als Mißachtung seiner werdenden

Hungernde kennt nur der Kapitalismus!

**Am 20. August
ist der 35. Wochenbeitrag fällig**

Persönlichkeit, als Vergewaltigung seines Ichs, bei denen er nur Objekt, ungefragtes Objekt ist. Deshalb sind alle Unternehmen, die zur Milderung der Not der erwerbslosen Jugendlichen getroffen werden, fast im selben Augenblick illusorisch, wo sie mit dem Signum des Zwanges durchgeführt werden.

Die zwangsmäßige Betreuung der jugendlichen Erwerbslosen in den Berufsschulen, insbesondere der 18- bis 23jährigen, ist eine solche, die psychische Konstellation des Jugendlichen ignorierende Zwangsmaßnahme. Die auf diese Weise eingeschulten erwiesen sich denn auch durchweg als destruktive, Obstruktion treibende, die Klassendisziplin unterminierende, gegen jede Beeinflussung positiver Art immune, zu mindestens passive Klassenelemente. Dabei waren diese Jugendlichen, die infizierend auf die übrigen Schüler wirkten, keineswegs seelisch verkrüppelte, sondern nur falsch behandelte unglückliche Menschenkinder. Alle jungen Menschen, und die wertvollsten unter ihnen am meisten, unterliegen einem starken Expansionsdrang. Sie wollen aus seelischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit in Situationen, die ihnen persönliches Wirken gestatten. In normalen Zeiten ist das mit dem Beginn der Gesellenzeit möglich. Heute setzt erhöhte Abhängigkeit hier ein, durch die Herausnahme der Jugendlichen aus der Alu, die Prüfung der Bedürftigkeit und wie alle die vielleicht notwendigen aber sich verheerend auswirkenden Maßnahmen heißen mögen.

Vor dem Historiker werden sich einmal alle verantworten müssen, die die wohlgemeinten, ernst-

haften, von Sorge um die Seele des Jugendlichen getragenen Warnungen der Gewerkschaften überhört oder ignoriert haben. Aber wenn der Jugendliche allen Zwangsmaßnahmen feindlich, mit dem Hang zur Sabotage oder je nach der Situation zur passiven Resistenz gegenübersteht, so ist er andererseits zu erstaunlichen Leistungen, ja zu schöpferischer Tätigkeit fähig. Und in dieser Erfahrungstatsache scheint mir der Schlüssel aller Jugendpädagogik zu liegen, sie muß indirekt, fast möchte ich sagen suggerierend sein, sie muß jedenfalls alle die Imponderabilien berücksichtigen, die gewissermaßen das Prisma jugendlichen Seins ausmachen. Hier liegt auch der Schlüssel für die Sprödigkeit, mit der Jugendliche auf gewerkschaftliche Argumentationen reagieren. Der Gewerkschafter ist vorwiegend wirtschaftlich eingestellt, seine Ideale sind Realitätsideale. Er hat wenig Verständnis für jugendlichen Enthusiasmus, wie ja überhaupt die Erlebniswelten der Pubertät am meisten im Unterbewußtsein verschwinden. Er hat vergessen, daß das werdende, kommende Mannes-tum schwankt zwischen gefühlsbetonten Extremen; himmelhoch jauchzend, zu Tode betrübt. In den Gewerkschaften fehlt es auch an all den Surrogaten für diese Dinge, fehlt es an Uniformen, Tamtam, fehlt es an Gefühlsappellen. Aus all diesen Gründen wird gewerkschaftliche Werbearbeit oft nachhaltigen, endgültigen Erfolg jenseits der Pubertätsgrenze haben. Gewerkschaftliche Jugendarbeit trägt vorwiegend vorbeugenden Charakter, sie verhindert, daß sich im Jugendlichen eine Welt von Vorurteilen gegenüber gewerkschaftlichen Praktiken aufbaut und immer wird gewerkschaftliche Jugendarbeit mehr Jugendpflege als Jugendbewegung sein.

Heute steht die berufspädagogische Betreuung der Jugend im Mittelpunkt der gesamten gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Keine gesellschaftliche Bindung in Deutschland ist auch so wie die Gewerkschaften für diese Arbeit prädestiniert. Sie sind alle Fachleute, tüchtige Fachleute, nur der tüchtige Fachmann ist ein guter Gewerkschafter, sie verfügen über ein unerschöpfliches Reservoir von Fachzeitschriften, ihr Gebaren ist demokratisch betont, gestattet individuelle Entfaltung. Aber auch darüber hinaus gehört die berufspädagogische Betreuung in freiwilligen Kursen zu den erfolgreichsten Maßnahmen, die zur Milderung der wirtschaftlichen, vor allem aber beruflichen Not der Jugendlichen realisiert werden konnten. Werden die Kurse sorgfältig vorbereitet, berücksichtigt die Kursmethodik die Umstände, die den Impuls zur Abhaltung des Kursus gegeben haben, dann kann hervorragend qualitative Arbeit geleistet werden. Im Mittelpunkt aber der gesamten Kurspraxis muß der Kurssteilnehmer als Mensch stehen. Es muß dem Kursleiter gelingen, die Summe von Ressentiments, die sich im Erwerbslosen aufgespeichert hat, die ihn verbissen, mißtrauisch, überempfindlich gemacht hat, abzutragen. Während der Kursdauer muß der Kursus für den Teilnehmer die Stelle bilden, wo er aufatmen kann, auf die er sich freut. Er soll den Glauben an die Menschheit, der ihm vielleicht verlorengegangen ist, wiedergewinnen. Er muß deutlich empfinden, daß die Flamme der Solidarität, die die Gewerkschaften groß und stark gemacht hat, nicht erloschen ist, sondern daß sie nach wie vor brennt und auch ihn zu erwärmen vermag.

An einer anderen Stelle heißt es:

„Das Bräuhandwerk soll zumtunmäßig erlernt oder mit einem geschickten und gelernten Bräuknecht bestellt werden. Die Bierfässer sind durchaus von denen besonders verpflichteten Eichmeistern abgeeicht und sollen gut gepicht und immer reinlich unterhalten werden. — Der Preis des braunen Bieres bleibt den Bräuern willkürlich, jedoch übersteige derselbe niemals den gewöhnlichen Tax von vier Kreuzer auf die Maß. Das weiße Bier hingegen ist zur Zeit unter dem Raif auf zwei Kreuzer per Maß, bei Ausschanken aber auf 2 Kreuzer 4 Heller bestimmt und das diesfällige Umgeld zu Folge allererst im Jahre 1785 gesteigerter Uebereinkunft mit denen gesamten Pflugs-Bräuer auf jährlich 2500 Gulden akkordiert worden.“

Verpachtungen der Gerechtigkeit kamen selten vor, da deren Ankauf um teures Geld gesucht war. Uebrigens war den mit einer Bräu-Gerechtesame begünstigten Bräuern durch wiederholt höchste Weisung aufgetragen worden, „sich eines Preis würdigen und gesunden Trunkes ernstlich zu befleißigen, jedoch ist nicht ohne, daß bei ein und dem anderen eine schärfere Einsicht und pünktlichere Bestimmung, wie er sich bei der ganzen Bräuerey zu benehmen hätte, dem gemeinen Manne einen seinen hart verdienten Auslage entsprechenden und schmackhaften Trunk verschaffen und vor denen mehrfälligen Beschwerden entledigen würden.“

Daß man auch schon damals über den Alkoholmißbrauch wettete, mag aus nachfolgenden Aufzeichnungen eines geistlichen Chronisten Selhamer über das „Trinkerunwesen jenseits des Lechs im 17. Jahrhundert“ ersehen werden. Während

der „nasse Sautteufel“ in den Städten epidemisch gehaust haben mag, tritt der Alkoholmißbrauch auf dem Lande, wo der Bauer durch Arbeiten oder Armut vom Wirtshausbesuch abgehalten war, vereinzelt bei Familienfesten, Kirchweihen und sonstigen Gelegenheiten auf. Und da sagt der Alkoholgegner Selhamer:

„Einzelne ländliche Bummel sitzen wohl saufend, spielend und krakeelend halbe Nächte im Wirtshaus, torkeln mit Lebensgefahr in der Finsternis nach Hause. Vielfach verunglückt und erstickt der Betrunkene in einem Graben und wandert als ein voller Zapf der Hölle zu. Gegen das „Schaundsaufen der versoffenen und verspiebenen (!) Zech- und Sautbrüder“ kann gar nicht genug gepredigt werden. An dem „Saufstündekonto“ beteiligten sich alle Stände, es „saufen“ die Herren und ihnen nach die ganze Gemeinde (!) Der „Saufkomment“, das „verfluchte Zutrinken“, „Gesund- und Zubringen“ begünstigt die Berausung bis alle volle tolle Säu (!) nachhause torkeln. Die Freundschaft, die man so den Sauf Hanseln bezeugt ist eine Sch...freundschaft (!); Wäre die Hochzeit zu Kana statt in Galiläa in Deutschland gewesen, da hätten die versoffenen deutschen „Saufgurgeln“ einen ehrfürchtigen „Garaus“ nach dem andern getrunken. Da würde man eine Gesundheit nach der andern getrieben haben, bis der ganze Handel abgeoffen, keiner den andern mehr gekennet hätte und jeder hätte geglaubt, durch solchen „Gurgeldienst“ Gott und seine Mutter besonders zu ehren. Ja, die lieben Deutschen hätten schließlich Christus und Maria, die Apostel, den Hochzeiter und die Hochzeiterin leben lassen, nur um eine Legitimation zum Rundtrinken und „Gesundheitssauffen“ zu haben.“

G. F.

Frauenrecht

JAROSLAV HÁSEK:

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer
Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner
Copyright by Verlag Ad. Synek, Prag

(32. Fortsetzung.)

Aus der Unterredung mit ihm ging hervor, daß er dem Fund die Bedeutung eines Wunders beigemessen und ihn für einen Wink Gottes gehalten hatte. Wie er das Kanapee kaufte, habe ihm irgendeine innere Stimme gesagt: „Schau nach, was im Kanapee in der Schublade ist.“ Er habe angeblich auch im Traum irgendeinen Engel gesehen, der ihm direkt befohlen habe: „Öffne die Kanapeeschublade.“ Er habe gehorcht.

Und wie er dort den zusammenlegbaren dreiteiligen Miniaturaltar mit der Nische unter dem Tabernakel erblickt habe, sei er vor dem Kanapee niedergekniet und habe lange inbrünstig gebetet und Gott gepriesen und es für einen Wink gehalten, die Kirche in Wrschowitz damit zu schmücken.

„Das gefällt uns nicht“, sagte der Feldkurat, „so eine Sache, die Ihnen nicht gehört hat, haben Sie auf der Polizei abgeben soll und nicht in irgendeiner verfluchten Sakristei.“

„Wegen diesem Wunder“, fügte Schwejk hinzu, „können Sie noch Scherereien haben. Sie ham ein Kanapee gekauft und keinen Altar nicht, der dem Militärärar gehört. So ein Wink Gottes kann Ihnen teuer zu stehen kommen. Sie ham nichts auf die Engel geben solln. Ein Mann in Zhora hat auch am Feld irgendeinen Kelch herausgepflegt, der aus einem Kirchenraub gestammt hat und dort für bessere Zeiten aufgehoben war, bis man drauf vergessen sollt und hats auch für so einen Wink Gottes gehalten und is, statt ihn zu schmelzen, mit diesem Kelch zum Herrn Pfarrer gegangen, daß er ihn herich der Kirche schenken will. Und der Herr Pfarrer hat geglaubt, daß sich in ihm Wissensbisse geregt ham, hat um den Bürgermeister geschickt, der Bürgermeister um die Gendarmen und er is unschuldig wegen Kirchenraub verurteilt worn, weil er immerfort was von einem Wunder gequatscht hat. Er hat sich retten wolln und hat auch was von einem Engel erzählt und hat auch die Jungfrau Maria hinein verwickelt und hat zehn Jahre gekriegt. Am bestea machen Sie, wenn Sie mit uns zum hiesigen Pfarrer gehn wern, damit er das ärarische Eigentum zurückgibt. Ein Feldaltar ist keine Katze oder Fußsocke, die Sie schenken können, wem Sie wolln.“

Der alte Herr zitterte am ganzen Leib und während



er sich ankleidete, klapperte er mit den Zähnen: „Ich hab wirklich nichts Böses oder Schlechtes im Sinn gehabt und bezweckt. Ich hab angenommen, daß ich durch so eine Fügung Gottes der Ausschmückung unserer armen Kirche des Herrn in Wrschowitz dienen kann.“

„Auf Kosten des Militärärars, versteht sich“, sagte Schwejk hart und scharf, „Gott behüte einen vor so einer Fügung Gottes. Ein gewisser Piwonka aus Chotebor hat es auch mal für Gottes Fügung gehalten, wie ihm eine Halfter mit einer fremden Kuh in die Hand gerutscht is.“

Der bedauernswerte alte Herr war durch diese Reden ganz verwirrt und ließ überhaupt davon ab, sich zu verteidigen; er war bestrebt, sich so rasch wie möglich anzuziehen und die ganze Angelegenheit zu erledigen.

Der Wrschowitz Pfarrer schlief noch; von dem Lärm geweckt, fing er an zu schimpfen, weil er in der Schlaftrunkenheit dachte, er solle jemanden versehen gehen.

„Sie könnten auch schon Ruh geben mit der letzten Oelung“, brummte er, indem er sich unfreundlich ankleidete, „müssen die Leute grad sterben, wenn man im besten Schlaf ist. Und dann kann man sich noch mit ihnen ums Geld herumschlagen.“

Im Vorzimmer trafen sie zusammen. Er, der Vertreter Gottes unter den Wrschowitz Zivilkatholiken, und der andere, der Vertreter Gottes auf Erden beim Militärärar.

Eigentlich jedoch war es der Zwist zwischen einem Zivilisten und einem Soldaten.

Behauptete der Pfarrer, ein Feldaltar gehöre nicht ins Kanapee, so äußerte der Feldkurat, er gehöre um so weniger aus dem Kanapee in die Sakristei einer Kirche, die lauter Zivilisten besuchen.

Schwejk machte dabei verschiedene Bemerkungen, es sei leicht, eine arme Kirche auf Kosten des Militärärars zu bereichern. „Arm“, sagte er in Anführungszeichen.

Die Frau im Erwerbsleben

Zusammen mit der industriellen Umwälzung zu Beginn des vorigen Jahrhunderts fiel eine Umwandlung der sozialen Verhältnisse. Das moderne Proletariat entstand. Eine völlige Umwandlung der Produktionsweise trat ein. Bisher hatte jeder einzelne in seinem Hause für seinen Eigenbedarf und einen kleinen Markt produziert. Da kommt die Maschine. Sie wirft die Ware viel billiger auf den Markt als der Handarbeiter. Ein Konkurrenzkampf zwischen Handarbeiter und Maschine beginnt, in dem der Handwerker notwendigerweise unterliegen mußte. Er muß die Nacht mit zum Arbeitstag machen. Sobald er aber sein Produkt auf den Markt bringt, muß er sehen, daß trotz alledem seine Ware zu teuer ist. Der Kampf ist für ihn verloren. Er muß in die Fabrik hinein. Er wird Proletariat. In der Fabrik arbeitet er für einen andern, nicht mehr direkt für den Markt. Er erhält nur einen Teil des

Die Zukunft ist unser!

Wir stehen am Amboß und schmieden das Eisen,
Wir schwingen den Hammer und lassen ihn kreisen,
Wir hängen am Seil über gähnender Kluft,
Auf schwankenden Brettern hoch in der Luft.
Wir halten im Auge den Gang der Maschinen,
Den brodelnden Sud in der Brauerei,
Wir kriechen hinein in die nachtdunklen Minen;
Wir dienen der Erde und machen sie frei.

Wir leben im Dunkeln und streben ins Helle,
Wir fronen im Elend, doch schon an die Schwelle
Der freieren Zukunft sind wir gerückt.
Zu lange schon haben uns Ketten gedrückt.
Wir stellen zum Kampf uns und schwingen die Fahnen,
Wir schüren den Brand, der im Herzen uns glüht,
Wir wollen der Freiheit die Wege bahnen,
Wir singen gemeinsam der Zukunft ein Lied.

Die Zukunft ist unser. Die Knechtschaft muß fallen.
Die Arbeit sei frei. Ihre Frucht gehört allen.
Der Gerechtigkeit diene ein freier Staat,
Und dem sei die Ernte, der auswarf die Saat.
Wir haben gesät, und es soll nicht entziehen
Der Gegner die Frucht uns, den Sieg unsrer Pflicht;
sein Haß wird nur enger zusammen uns schweißen,
wir stellen zum Kampf uns und fürchten ihn nicht.

Erich Grisar.

Erlöses für die hergestellten Waren. Die Produktionsmittel gehören nicht mehr ihm. Spinrocken und Webstuhl gehören dem Unternehmer. Das hergestellte Produkt ist nicht sein Eigentum. Es gehört dem Besitzer der Produktionsmittel, seinem Ausbeuter. Kurz, er ist ein Arm, ein Hebel der Maschine geworden. Einer der vielen Industriearbeiter, ein Proletariat.

Zum Schluß gingen sie in die Sakristei der Kirche und der Pfarrer folgte den Feldaltar gegen folgende Bestätigung raus:

„Bestätige den Empfang eines Feldaltars, der durch einen Zufall in die Kirche in Wrschowitz geraten ist. Feldkurat Otto Katz.“

Der glorreiche Feldaltar stammte von der jüdischen Firma Moritz Mahler in Wien, die alle erdenklichen Meßgeräte und religiösen Requisiten erzeugte, wie Rosenkränze und Heiligenbilder.

Der Altar bestand aus drei Teilen, die reich mit einer falschen Vergoldung versehen waren, wie der ganze Ruhm der heiligen Kirche.

Es war auch ohne Phantasie nicht möglich festzustellen, was die auf diese drei Teile gemalten Bilder eigentlich vorstellten. Sicher ist, daß es ein Altar war, den ebensogut irgendwelche Heiden auf Zambesi oder die Schamanen der Burjaten oder Mongolen hätten benutzen können.

Mit schreienden Farben versehen, sah er von weitem aus wie eine bunte Tafel, die für die Prüfung der Daltonisten auf der Eisenbahn bestimmt ist.

Nur eine Gestalt trat hervor. Irgendein nackter Mensch mit einem Heiligenschein und grünlich angehauchtem Körper, wie der Steiß einer Gans, die schon stinkt und sich in Verwesung befindet.

Diesem Heiligen tat niemand etwas zu leide. Im Gegenteil, zu seinen beiden Seiten befanden sich zwei befügelte Wesen, die Engel vorstellen sollten. Aber der Beschauer hatte den Eindruck, daß der heilige nackte Mann aufbrüllte vor Entsetzen über diese Gesellschaft, die ihn umgab. Die Engel sahen nämlich aus wie Ungetüme aus einem Märchen, ein Mittelding zwischen einer befügelten wilden Katze und einem apokalyptischen Ungeheuer.

Das Gegenstück zu ihm war ein Bild, das die göttliche Dreifaltigkeit veranschaulichen sollte. An der Taube hatte der Maler im großen ganzen nichts verderben können. Er hatte irgendeinen Vogel aufgemalt, der ebenso gut eine Taube wie ein weißes Perlhuhn sein konnte.

Dafür jedoch sah Gott Vater aus wie ein Räuber aus dem wilden Westen, den irgendein blutdürstiger Film dem Publikum vorführt.

(Fortsetzung folgt.)

Parallel mit der Veränderung der Produktionsweise geht eine andere Erscheinung, die bisher sehr wenig zutage getreten war. Es gab zwar auch schon vor dieser Zeit Gewerbezeige, in denen ein Kampf um den Arbeitsplatz zwischen Zunftgesellen und Frauen ausgefochten wurde. Viel krasser trat aber diese Erscheinung mit der Einführung der Maschinen hervor. Die Unternehmer wußten die billigere Arbeitskraft der Frauen und Kinder sehr wohl zu schätzen. Hinzu kommt noch, daß die viel zierlicheren Frauenhände die Arbeit an Maschinen bedeutend schneller verrichten können. So war denn auch festzustellen, daß in erster Linie Frauen und Kinder in den Fabriken arbeiteten.

In dem Moment, wo die Frau als Fabrikarbeiterin auftrat, wo die Produktionsgemeinschaft der Familie auseinanderfiel, war die Frauenfrage aktueller denn je. Seit Beginn der kapitalistischen Wirtschaftsepoche gehört die Frau zum Proletariat. Ob nun als Arbeiterin oder als Mutter. Sie gehört zu ihm, sie muß denselben Weg der Bitterkeit, der Not, Armut, Erniedrigung und Unwissenheit gehen. Gemeinsam mit dem Proletariat geht sie aber auch den Weg des geistigen Erwachens, wächst sie in den Klassenkampf hinein. Wenn dies Erwachen auch langsamer geht, so liegt das letzten Endes an der althergebrachten Tradition der Nichtgleichberechtigung der Frau. Aufgehört aber haben die Frauen.

Die Frau blieb nicht zu Hause am Webstuhl. Sie folgte ihrer Arbeit, die ihr eine alles erzeugende Industrie im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Hause schleppte. Durch den Eintritt der Frau in die Erwerbsarbeit wurde erst die Vorbedingung für eine Frauenbewegung geschaffen. Gleichzeitig erhielt die soziale Gemeinschaft der Menschen ein völlig verändertes Bild. Wo früher die Familie eine große Produktionsgemeinschaft bildete, zeigte sich jetzt eine Familie als Konsumgemeinschaft. Daß sich Lebensgewohnheiten und Wohnverhältnisse der Strukturwandlung anpaßten, ist selbstverständlich und braucht nicht näher erwähnt werden.

Die Bedeutung der Frauenarbeit ist in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege bedeutend gewachsen. Der Krieg führte sehr viele Frauen zur Erwerbsarbeit, die nach dem Kriege zum großen Teil dauernd erwerbstätig blieben. Im Jahre 1882 wurden bei einer Gesamtbevölkerung von rund 40 Millionen 4,95 Millionen hauptberuflich erwerbstätige Frauen gezählt. 1907 bei 55 Millionen Einwohnern 8,5 Millionen und 1925 bei 62,4 Millionen Einwohnern 11,5 Millionen hauptberuflich erwerbstätige Frauen. In Prozenten der hauptberuflich Erwerbstätigen zählte man 1882 29 Proz. Frauen, 1895 30 Proz., 1907 knapp 34 Proz. und 1925 36 Proz. In Prozenten der Gesamtbevölkerung waren 1882 12,5 Proz. und 1925 18,5 Proz. Frauen hauptberuflich erwerbstätig. Von den im Jahre 1925 gezählten 11,5 Millionen Frauen, die im Berufsleben standen, waren 3,7 Millionen verheiratet. Davon waren allein in der Landwirtschaft 2,115 Millionen Frauen tätig, und zwar als mithelfende Familienangehörige. Rund 385 000 waren als mithelfende Familienangehörige in Handel und Gewerbe tätig. Verbleiben rund 1,2 Millionen verheiratete Frauen, die in Industrie und Gewerbe tätig sind. Die angeführten Zahlen sollen die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenarbeit nicht herabsetzen. Sie sollen nur klar und eindeutig die Erwerbsarbeit verheirateter Frauen herausstellen.

Angesichts der heutigen, in ihren Auswirkungen noch nie dagewesenen Wirtschaftskrise könnte der Standpunkt vertreten werden: wenn noch 1 1/2 Millionen Frauen im Hauptberuf erwerbstätig sind, dann sollte einfach die Frauenarbeit verboten werden. Damit würden die arbeitslosen Männer von der Straße kommen. Manche Familie würde wieder einen Ernährer haben. Dieser Gedanke hat wirklich etwas für sich. Ist es doch sozial sehr gut zu vertreten, daß diejenigen Frauen aus dem Beruf ausscheiden, deren Mann auch arbeitet und wo das Gehalt des Mannes vollauf genügt, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Daß es solche Fälle gibt, weiß jeder. Alle wissen aber auch, daß in der Mehrzahl die verheirateten Frauen im Erwerbsleben stehen, deren Männer ein sehr niedriges Einkommen haben. Auch das beweist die Statistik eindeutig genug.

Und die ledigen Frauen. Haben nicht diese ebensogut ein Recht auf Arbeit? Ganz abgesehen davon, daß ein Verbot der Frauenarbeit schwere wirtschaftliche Schädigungen in den Industrien mit sich bringen würde, wo vornehmlich Frauen beschäftigt werden. Wie gesagt, die Entlassung einer Frau, deren Mann eine gesicherte Existenz hat und dessen Einkommen vollkommen für den Unterhalt der Familie ausreicht, kann berechtigt sein, wenn dafür ein sozial und wirtschaftlich schwächerer Arbeiter oder eine Arbeiterin eingestellt wird. Man darf aber diese Forderung nicht verallgemeinern. Gerade in der Krise darf das Recht der Frau auf Arbeit nicht verloren gehen.